

**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz**

**Wortprotokoll**

der

**35. Sitzung**

**Donnerstag, 18.01.2007, 11.38 bis 12.54 Uhr**  
**Sitzungsort: Berlin, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus**

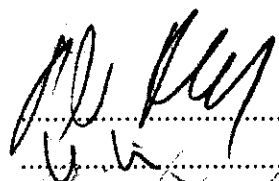
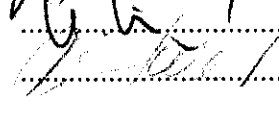
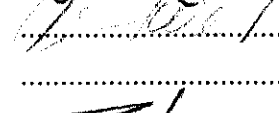

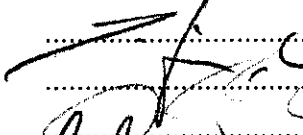

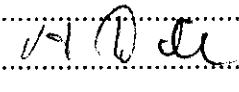
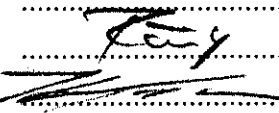
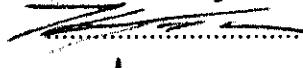
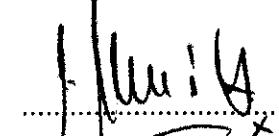
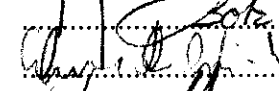
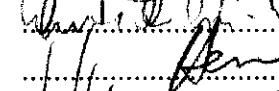
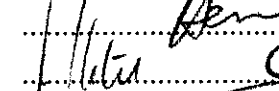
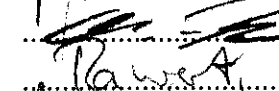
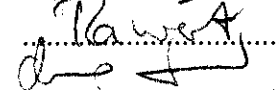
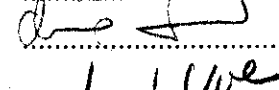
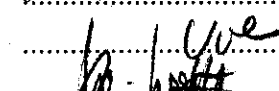
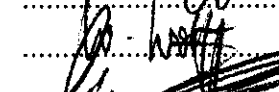
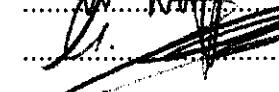
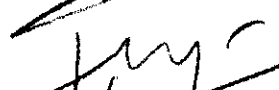
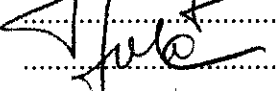
**Sitzungssaal: 3.101**

**Vorsitz: Ulrike Höfken, MdB**

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes


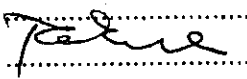

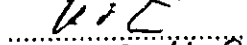

**Sitzung des Ausschusses Nr. 10 ( Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz )**

<b>Ordentliche Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>
<b><u>CDU/CSU</u></b>		<b><u>CDU/CSU</u></b>	
Bleser, Peter		Borchert, Jochen	.....
Heinen, Ursula		Connemann, Gitta	.....
Heller, Uda Carmen Freia		Deittert, Hubert	
Holzenkamp, Franz-Josef	.....	Göppel, Josef	.....
Jahr Dr., Peter		Jaffke, Susanne	.....
Jordan Dr., Hans-Heinrich	.....	Pfeiffer, Sibylle	.....
Klöckner, Julia		Schindler, Norbert	
ehmer Dr., Max	.....	Schirmbeck, Georg	.....
Mortler, Marlene		Schulte-Drüggelte, Bernhard	.....
Röring, Johannes	.....	Vogel, Volkmar Uwe	.....
Segner, Kurt		Zöllner, Wolfgang	.....
<b><u>SPD</u></b>		<b><u>SPD</u></b>	
Blumentritt, Volker		Bahr (Neuruppin), Ernst	.....
Botz Dr., Gerhard		Brinkmann (Hildesheim), Bernhard	.....
Drobinski-Weiß, Elvira		Groneberg, Gabriele	.....
Herzog, Gustav		Hiller-Ohm, Gabriele	.....
Ortel, Holger	.....	Hovermann, Eike	.....
Priesmeier Dr., Wilhelm		Kelber, Ulrich	.....
Rawert, Mechthild		Kumpf, Ute	.....
ehieder, Marianne		Miersch Dr., Matthias	.....
Volkmer Dr., Marlies		Schmitt (Landau), Heinz	.....
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud		Teuchner, Jella	.....
Zöllmer, Manfred		Thießen, Jörn	.....
<b><u>FDP</u></b>		<b><u>FDP</u></b>	
Geisen Dr., Edmund Peter		Schuster, Marina	.....
Goldmann, Hans-Michael		Solms Dr., Hermann Otto	.....
Happach-Kasan Dr., Christel		Wissing Dr., Volker	.....

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 10 ( Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz )

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b><u>DIE LINKE.</u></b>		<b><u>DIE LINKE.</u></b>	
Binder, Karin		Bulling-Schröter, Eva	.....
Kunert, Katrin	.....	Hill, Hans-Kurt	.....
Tackmann Dr., Kirsten		Naumann, Kersten	.....
Ulrich, Alexander	.....		.....
<b><u>BÜ90/GR</u></b>		<b><u>BÜ90/GR</u></b>	
Behm, Cornelia		Hettlich, Peter	.....
Höfken, Ulrike		Kurth (Quedlinburg), Undine	.....
Höhn, Bärbel		Scheel, Christine	.....

**Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10)**

**Donnerstag, 18. Januar 2007, 11:30 Uhr - öffentlich -**

**Fraktionsvorsitzende:**

**Vertreter:**

SPD	.....	.....
CDU/ CSU	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....

**Fraktionsmitarbeiter:**

**Fraktion:**

**Unterschrift:**

(Name bitte in Druckschrift)

J. Dorsch  
Bergmann  
Arens

Grüne  
D. L. K.  
CDU/CSU

J. Dorsch  
Bergmann  
Arens

Watermann  
Kühn

SPD  
P. H.

Watermann  
Kühn



**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Gespräch mit EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel über aktuelle Agrarthemen**

**Die Vorsitzende:** Ich begrüße ganz herzlich die Kommissarin für Fischerei und Landwirtschaft der Europäischen Kommission, Frau Mariann Fischer Boel. Ich darf Ihnen im Namen des gesamten Ausschusses sagen, dass wir sehr froh über die Gelegenheit sind, mit Ihnen zu diskutieren. Dies nehmen wir sehr gern wahr. Der Austausch mit der Kommission ist ein ganz unverzichtbarer Bestandteil unserer Arbeit geworden. Wir freuen uns, dass wir im Rahmen der Grünen Woche diese intensive nationale, aber auch europäische und internationale Möglichkeit des politischen Austausches haben.

In diesem Zusammenhang begrüße ich neben meinen Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses auch die Vertreter einer baltischen Delegation. Es sind Abgeordnete aus Estland, Litauen und Lettland.

Ich begrüße den Staatssekretär Müller und auch unsere Gäste auf der Tribüne.

Wir haben sehr wenig Zeit. Ich möchte Ihnen die Gelegenheit geben, darzulegen, was Ihre Vorstellung von der Ratspräsidentschaft ist, auch in Bezug auf den Arbeitsplan, der demnächst vorgelegt wird. Was haben Sie vor und was hat es mit dem Gesundheitscheck auf sich? Manche Äußerungen und Diskussionsverläufe sind heftig in der Presse gewesen, wie z. B. Nebenjobs für Landwirte.

**Mariann Fischer Boel, EU-Kommissarin:** Liebe Frau Vorsitzende, sehr geehrte Ausschussmitglieder, liebe alte Freunde, meine Damen und Herren, unser Zusammentreffen nur wenige Stunden vor der Eröffnung der Grünen Woche ist bereits so etwas wie eine Tradition. Es ist nun schon das dritte Mal, dass ich Ihnen hier darüber Bericht erstatte, was das vergangene Jahr gebracht hat und dass wir gemeinsam darüber diskutieren, welche Herausforderungen uns im neuen Jahr erwarten.

2006 war wirklich ein betriebsames Jahr. Dies sehe ich schon an meiner Sammlung von Flugtickets. Ich bin 2006 viel herumgekommen, von Buschfarmen in Australien zu den Lieblingsbars der Lobbyisten in Washington DC und hatte dazwischen oft Gelegenheit, einzelne Paradebeispiele erfolgreicher europäischer Landwirtschaft in Augenschein zu nehmen. Natürlich habe ich auch die Verhandlungsräume in Genf noch besser kennen gelernt.

2007 werden wir vor etwas anderen Herausforderungen stehen als 2006. Dennoch werden wir in vielerlei Hinsicht auf Kontinuität setzen, wie ich Ihnen jetzt erläutern möchte. Da ich gerade Genf erwähnt habe, möchte ich mit dem Stand der Doha-Verhandlungen beginnen.

Es war natürlich eine schwere Enttäuschung, als der Generaldirektor der WTO sich im letzten Juli gezwungen sah, die Doha-Runde auszusetzen. Wir hatten enorm viel Arbeit in diesen Prozess investiert und einen sehr guten Vorschlag unterbreitet, der den Exportnationen landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf der ganzen Welt echte Vorteile gebracht hätte.

2007 geht das Spiel weiter. In den zurzeit laufenden Fachgesprächen werden wichtige Fragen geklärt. Doch wenn die Hauptakteure des Spiels nicht bald auf politischer Ebene tätig werden, könnte sich die weltweite Aufmerksamkeit abwenden und das multilaterale Spiel könnte jahrelang ganz zum Stillstand kommen und durch ein Geflecht bilateraler Verhandlungen überlagert werden. Die Europäische Union ist bereit, ihren Teil zu einem erfolgreichen Abschluss der Runde beizutragen. Doch auch die anderen Handelspartner müssen sich in dieser Runde bewegen. Dies gilt zunächst für die USA, die vor allem in der Frage der handelsverzerrenden internen Stützungsmaßnahmen im Agrarbereich zu deutlichen Zugeständnissen bereit sein muss. Dies gilt aber auch für einige „Entwicklungsländer“, wie etwa Brasilien, die ihre Angebote für die Liberalisierung des Handels mit Nicht-Agrarprodukten, also NAMA, nachbessern müssen. Ein Erfolg der Doha-Runde ist nur möglich, wenn am Ende ein ausgewogenes Paket im Agrarbereich im Besonderen und in den anderen Bereichen wie NAMA, Dienstleistungen und sonstigen Handelsregelungen im Allgemeinen auf dem Tisch liegt. Ein Ausverkauf der Europäischen Landwirtschaft darf und wird es nicht geben.

Diese Zugeständnisse müssen sehr bald erfolgen – innerhalb der nächsten Wochen. Anderenfalls wird es in der Doha-Runde in absehbarer Zukunft – wahrscheinlich für mehrere Jahre – keine Fortschritte geben.

Hier in Europa war 2006 ein Jahr, in dem wir erste Erfahrungen mit den Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik aus den Jahren 2003 und 2004 sammeln konnten. 2006 war das erste Jahr, in dem alle EU-15-Länder die Betriebsprämienregelung angewandt haben. Es gab zwar einige Probleme hier und dort, aber insgesamt ist der Umsetzungsprozess ausgesprochen reibungslos verlaufen. Die deutsche Ratspräsidentschaft der Europäischen Union hat besonderes Interesse daran bekundet, das Funktionieren des Cross Compliance Systems in der Praxis zu verbessern. Die Kommission erstellt hierzu gerade einen Bericht, der Ende März dem Agrarministerrat vorgelegt werden soll. Darin wird nicht nur die Umsetzung des Cross Compliance Systems in den Mitgliedstaaten bewertet, sondern es werden daraus auch konkrete Schlussfolgerungen gezogen, die bis hin zu ganz konkreten Sofortmaßnahmen reichen. Hiervon versprechen wir uns vor allem mehr Akzeptanz für das Cross Compliance System; es ist nämlich nicht die Idee schlecht, die dahinter steht, sondern lediglich einige "Kinderkrankheiten", die es zu behandeln gilt.

2006 war auch ein Jahr, in dem der Reformprozess noch weiter vorangetrieben wurde. Im Februar verabschiedeten die Agrarminister der Europäischen Union die Rechtsvorschriften zur Reform des Zuckersektors, für die wir Ende 2005 die politische Einigung erzielt hatten. Die Reform ist ausgewogen, bringt unseren Zuckersektor mit den WTO-Entscheidungen in Einklang und bereitet ihn darauf vor, sich dem stärkeren Wettbewerb von Einfuhren zu stellen. Eine wichtige Herausforderung

besteht nun darin, für eine ausreichende Inanspruchnahme des neuen Umstrukturierungsfonds zu sorgen, damit die weniger rentablen europäischen Erzeuger den Sektor freiwillig – und zu günstigen Bedingungen – verlassen, statt später zur Aufgabe gezwungen zu werden. Hier ist die Zwischenbilanz nicht zufrieden stellend. Während das erste Jahr der Restrukturierung noch besser lief als erwartet, hat das zweite Jahr einige Ernüchterung gebracht. Statt der erwarteten Aufgabe von 4,5 bis 5 Mio. Tonnen Quote sind wir erst bei 2,2 Mio. Tonnen. Ich stelle deshalb gerade Überlegungen an, wie der Restrukturierungsprozess weiter gestärkt werden kann, damit die lineare Quotenkürzung nach Ablauf der Restrukturierungsperiode auch für die wettbewerbsfähigsten Betriebe erträglich bleibt.

Ein weiteres Reformpaket, das der Agrarrat gerade erst im letzten Monat beschlossen hat, betrifft die Bananenregelung. Damit wurde die Stützung für den Bananensektor in den wichtigsten Anbaugebieten auf die POSEI-Fonds für die Stützung der Landwirtschaft in den Gebieten in äußerster Randlage der Europäischen Union übertragen. So kann sie viel flexibler eingesetzt werden und sie steht besser im Einklang mit den Grundsätzen der reformierten GAP.

Schauen wir nun ein wenig voraus in das Jahr 2007. Für Deutschland sind natürlich die Erörterungen über die Reform des Weinsektors interessant, die bereits letztes Jahr begonnen haben und noch andauern. Es ist eine lebhafte Debatte, denn es steht viel auf dem Spiel. Ich achte genau darauf, wie die verschiedenen Seiten auf die ursprünglichen Überlegungen der Kommission reagieren. Aber in einem Punkt werde ich nicht nachgeben: Diese Reform muss unseren Weinsektor von den wettbewerbswidrigen Praktiken befreien, die ihn seit so vielen Jahren einschnüren. Entweder wagen wir jetzt eine echte Reform, die wir nach unseren Vorstellungen gestalten können oder der wachsende Wettbewerbsdruck durch Weine der Neuen Welt wird dem Sektor einen Wandel aufzwingen, auf den wir keinen Einfluss haben werden. Konkrete Legislativvorschläge wird es jedoch erst geben, wenn wir die Stellungnahme des Europäischen Parlaments vorliegen haben.

Auch unseren Obst- und Gemüsesektor müssen wir wettbewerbsfähiger machen. Ich werde meine Vorschläge in der nächsten Woche vorlegen. Erklärtes Ziel ist es auch hier, diesen Sektor in die Logik der Reform von 2003 einzubinden.

2007 wird auch ein Jahr für generelle Überlegungen über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik sein. 2008 und 2009 werden wir zwei Analysen der Gemeinsamen Agrarpolitik durchführen. Da ist zunächst der von mir so genannte „Gesundheitscheck“, der 2008 erfolgen soll. Ich sage bewusst „Anpassungen“; denn eine weitere grundlegende Reform steht nicht auf dem Programm. Im Rahmen des Gesundheitschecks werden wir zunächst das System der Direktzahlungen überprüfen. Ich bin sicher, dass wir hier eine Reihe von Verbesserungen und Vereinfachungen erreichen können. Dies gilt zunächst für die Entkopplung. Für mich gibt es keine Zweifel an der Richtigkeit des Prinzips. Sind alle Ausnahmen von der vollständigen Entkopplung wirklich gerechtfertigt? Ich denke, dass wir noch vor 2013 einen weiteren Schritt in Richtung einer vollständigen Entkopplung machen sollten.

Außerdem können wir beginnen, einige andere Aspekte der Betriebsprämienregelung zu vereinfachen. Dies gilt insbesondere für die Reduzierung der verschiedenen Kategorien von Zahlungsansprüchen. Wir müssen aber auch prüfen, ob wir Ober- und Untergrenzen für die



Zahlungsansprüche einführen müssen, um die Effizienz des Direktzahlungssystems zu steigern. Schließlich verliert auch die obligatorische Stilllegung von Flächen in einem mehr und mehr entkoppelten System ihren Sinn.

Ein weiterer Punkt betrifft die Finanzierung der Entwicklung des ländlichen Raums. Hier stehen uns weniger Mittel zur Verfügung, als wir gerne hätten. Dies hat zu verschiedenen Komplikationen geführt. Meines Erachtens spricht vieles dafür, den Satz der obligatorischen Modulation, d. h. der Übertragung von Mitteln von der Betriebsprämienregelung auf die Entwicklung des ländlichen Raums von derzeit 5 %, anzuheben.

Im Bereich der Märkte schließlich müssen wir im Rahmen des Gesundheitschecks schauen, wie wirksam die Marktorganisationen die Agrarmärkte in einer Union mit 27 Mitgliedsstaaten stabilisieren und dies in einem sich stetig verändernden internationalen Umfeld. Wo nötig, müssen die Marktinstrumente, wie vor allem Intervention, Ausfuhrerstattungen, Quoten und private Lagerhaltung so angepasst werden, dass sie ihre Funktion möglichst effizient erfüllen können. Für die Milchquoten bedeutet dies etwa, dass wir das ganz klare Signal geben müssen, dass ihre Verlängerung über 2014/2015 hinaus völlig ausgeschlossen ist, da das Milchquotensystem notwendige Entwicklungen hemmt und auch nicht mehr seine preisstabilisierende Funktion erfüllt.

Neben dem Gesundheitscheck müssen wir 2009 im Rahmen einer allgemeinen Überprüfung des Haushalts der Europäischen Union auch über die langfristige Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik, also für die Zeit nach 2013, nachdenken. Dabei wird es vor allem um die Zukunft der Direktzahlungen gehen. Für mich haben die Direktzahlungen auch über 2013 hinaus ihre Berechtigung, allerdings mit einer vollständigen Entkoppelung. Außerdem müssen wir uns anschauen, ob wir die verschiedenen Modelle nicht zusammenführen und auf gemeinsame Ziele ausrichten können. Direktzahlungen garantieren eine gewisse Stabilität. Sie können aber die Folgen von naturbedingten Krisen nicht kompensieren. Die Mitgliedstaaten haben hier schon einige Instrumente entwickelt. Ich möchte prüfen, ob auf europäischer Ebene ein Mehrwert zu diesen Instrumenten geschaffen werden kann. Im Hinblick auf die klassischen Marktinstrumente wird zu prüfen sein, ob und wenn ja, welche Rolle sie in der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Zeit nach 2013 noch spielen können. Schließlich steht für die Zeit von 2013 bis 2020 eine neue Programmphase für die ländliche Entwicklung an. Hier heißt es, den erfolgreichen Weg fortzusetzen und dort, wo es möglich oder notwendig ist, Verbesserungen zu machen. Obwohl der Gesundheitscheck und die Haushaltsüberprüfung formell erst 2008 und 2009 stattfinden, erwähne ich sie schon heute, da die Vorbereitungen natürlich bereits in vollem Gange sind.

Auf der informellen Tagung des Agrarrates, die im September in Finnland stattfand, wurde bereits eine sehr fruchtbare Debatte zu diesen beiden Themen eingeleitet und ich bin sicher, dass auch Deutschland einen wichtigen Beitrag zu diesen Erörterungen leisten wird.

Wenn wir in die Zukunft schauen, müssen wir auch über erneuerbare Energien und Biokraftstoffe sprechen. Erst vor wenigen Tagen hat die Kommission ein Maßnahmenpaket zur Energieversorgung und zum Klimawandel verabschiedet. Dieses Paket bringt auch für die europäische Landwirtschaft

gute Nachrichten. Es enthält ein deutliches Signal an Landwirte und Industrie, dass jetzt die Rahmenbedingungen für einen größeren Markt für Bioenergien geschaffen werden sollen. Konkret wird etwa verbindlich und zwingend festgelegt, dass bis 2020 zum einen 20 % des Energieverbrauchs in der Europäischen Union durch erneuerbare Energien und zum anderen mindestens 10 % der Kraftstoffe durch Biokraftstoffe gedeckt werden sollen.

Bereits heute ermuntert die Gemeinsame Agrarpolitik mit ganz unterschiedlichen Instrumenten die Landwirte, Energiepflanzen anzubauen. Anreize dafür liefern die entkoppelten Direktzahlungen, das spezifische Energiepflanzenregime sowie die Möglichkeit der Nutzung von Stilllegungsflächen für die Produktion von Energiepflanzen, aber auch die Politik der ländlichen Entwicklung und der Aktionsplan für den Wald. Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, in diesen Produktionszweig mit der Technik der ersten Generation zu investieren. Natürlich sind wir auch an der zweiten Generation von Biokraftstoffen interessiert. Aber wenn wir darauf warten, verlieren wir viel wertvolle Zeit und werden so unsere gesteckten Ziele nicht erreichen. Bioenergie ist ohne Zweifel eine wirtschaftlich interessante Ergänzung - nicht Alternative - zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion. Mit ihr kann der Landwirt Marktchancen nutzen und dabei zugleich einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz liefern.

Abschließend möchte ich noch betonen, dass das Grundprinzip aller unserer künftigen Arbeiten an der Gemeinsamen Agrarpolitik die Vereinfachung ist – die Verringerung des Verwaltungsaufwands für Landwirte, Lebensmittelerzeuger und Behörden. Ein Teil dieser Vereinfachung muss auf der politischen Ebene stattfinden. Doch auch auf der fachlichen/technischen Ebene können wir sehr nützliche Verbesserungen erreichen. Hierzu hat die Kommission bereits den Startschuss gegeben.

Im Rahmen unseres Aktionsplans für Vereinfachung streben wir eine Reihe unspektakulärer, aber wichtiger Vereinfachungen in verschiedenen Bereichen der Gemeinsamen Agrarpolitik an. Außerdem hat die Kommission gerade eine einzige Gemeinsame Marktorganisation vorgelegt, mit der die vielen Verordnungen in einer einzigen zusammengefasst werden. Damit ist die Gemeinsame Agrarpolitik viel transparenter und leichter zu handhaben.

Die vergangenen paar Jahre haben für die Gemeinsame Agrarpolitik viele Änderungen gebracht und natürlich möchte ich eine „Reformmüdigkeit“ vermeiden. Was wir brauchen, ist ein stabiles Fundament. Sollten aber Änderungen erforderlich sein, so tun wir gut daran, möglichst früh darüber zu sprechen und entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Nur so wird die Gemeinsame Agrarpolitik berechenbar und nur so können notwendige Betriebsplanungen in einem voraussehbaren Umfeld vorgenommen werden. Reformen müssen langfristig vorbereitet werden, damit sich die europäischen Landwirte auf Veränderungen rechtzeitig einstellen können. Dies ist auch der Grund, warum ich die Diskussion über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Zeit nach 2013 bereits jetzt angestoßen habe.

Wir brauchen den offenen und konstruktiven Dialog. Nur so können wir die Gemeinsame Agrarpolitik zu dem machen, was wir wollen: zu einer Politik, die einen wettbewerbsfähigen Agrarsektor fördert, der den Erwartungen der Gesellschaft gerecht wird.

**Die Vorsitzende:** Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Es haben sich jetzt eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen zu Wort gemeldet. Wir starten mit einer Fraktionsrunde.

**Abg. Peter Bleser:** Frau Kommissarin Fischer Boel, zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, sich sehr intensiv um die Probleme Ihres Fachbereiches zu kümmern. Sie sind auch vor Ort und reden mit den Betroffenen. Dies habe ich an der Mosel erlebt. Dies kann ich sehr hoch einschätzen und es hilft dann auch, Reformen entsprechend zu bewerten. Dies ist ganz wichtig, denn die theoretischen Ansätze wirken sich in der Praxis oft unterschiedlich aus. Nach diesem Lob erlauben Sie mir bitte auch, noch einige Anmerkungen zu machen, weil Sie auch einen konstruktiven Dialog erbitten, was die weitere Vorgehensweise angeht.

Wir haben gestern im Ausschuss beraten, dass wir im Deutschen Bundestag mit bis zu 20.000 europäischen Dokumenten jährlich beschäftigt werden. Ich will das Wort Bodenschutzrahmenrichtlinie deswegen ausdrücklich nennen. Wir haben hier ein Regelwerk und es ist aus meiner Sicht auch eine Aufgabe der Nationalstaaten, sich hierum zu kümmern. Deshalb wäre es schon eine Erleichterung und keine zusätzliche Bürokratisierung, wenn man auf diesem Weg voranschreiten könnte. Dazu zähle ich auch die Transparenzinitiative, die all unsere Landwirte mit ihren Transfers jetzt ins Internet stellt, die sie erhalten. Das erfordert Mitarbeiter, Technik und eine entsprechende Aktualisierungsarbeit.

Ich halte es für ausgesprochen klug und begrüße es, dass Sie weit über das Jahr 2008/2009 hinausschauen und die Reform zwischen 2013 und 2020 im Blick haben. Ich möchte Sie nur bitten, dass bei dem Gesundheitscheck diese zukünftige Strategie mit berücksichtigt wird. Es wäre kontraproduktiv, wenn wir im Gesundheitscheck Maßnahmen ergreifen, die der Wettbewerbsfähigkeit für das Folgeprogramm unter Umständen konträr gegenüberstehen oder auch sogar behindern. Dazu gehört insbesondere, dass wir die jetzige Agrarreform auch verlässlich für die Betroffenen halten, d. h., keine gravierenden Veränderungen. Und wenn ich meine keine, dann zählt dazu auch, dass man die obligatorische Modulation nicht verändert. Denn das hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Einkommen der Betriebe.

Ich stimme Ihnen voll zu bei Ihrer Strategie zur Milchmarktordnung. Da müssen wir ein klares Zeichen setzen, damit Planungssicherheit geschaffen wird.

Sie haben die Doha-Runde angesprochen. Auch da stimme ich Ihnen zu. Da sind wir nicht am Zug. Da sind andere in der Hinterhand, die agieren müssen, um das Ganze in eine Bewegung hinein zu versetzen. Aber auch da ist meine herzliche Bitte, die Chancen zu nutzen, die wir noch haben, solange wir Exporterstattungen zahlen dürfen, um unseren europäischen Unternehmen Märkte in den Wachstumsregionen dieser Erde erschließen zu helfen. Wir sind da in der Bundesregierung Deutschland sehr aktiv. Da wäre es hilfreich, wenn wir dort den Markteintritt auch für uns in den noch

vorhandenen Zeiträumen aus Sicht der Europäischen Union positiv beeinflussen könnten. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Art des Dialogs auch in Zukunft so fortsetzen könnten.

**Abg. Waltraud Wolff:** Sehr geehrte Frau Kommissarin, ich freue mich auch, dass wir heute kurz die Gelegenheit haben, miteinander zu sprechen. Ich möchte meine Anmerkungen in den Bereich der ländlichen Räume einbetten. Die ELER-Verordnung, die von der EU-Kommission vorgelegt worden ist, ist ein sehr anspruchsvolles Programm, was uns auch in Deutschland sicherlich helfen wird, aber in die EU-Agrarreform eingebettet, wo wir in der EU für die WTO sehr gut aufgestellt sind. Sie haben die Zuckermarktordnung angesprochen, die Auswirkungen hat. Die Milchquoten sollen nach 2013 auslaufen. Die obligatorische Modulation haben Sie angesprochen, die auf die Direktzahlungen und auch wieder direkt Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe hat und auch der enger gefasste Finanzrahmen der EU durch die EU-Osterweiterung. Ich freue mich natürlich über die EU-Osterweiterung, aber sie hat auch Auswirkungen auf die anderen Mitgliedsstaaten und das ist natürlich eine sehr schwierige Situation. Auch wenn wir einen Gesundheitscheck von der EU hinbekommen, hat das ganz konkrete entscheidende Auswirkungen auf die Entwicklung der ländlichen Räume, denn die Stabilität haben wir dort vorrangig mit unseren landwirtschaftlichen Betrieben. Ich bitte Sie ganz herzlich, das auch wirklich dabei im Blick zu behalten.

**Abg. Dr. Christel Happach-Kasan:** Sehr geehrte Frau Fischer Boel, ich bedanke mich, dass Sie hier bei uns sozusagen Ihren Jahresbericht abgeben. Ich habe mich sehr über Ihre klare Aussage zur Milchquote gefreut. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind mittelständische Betriebe, die Planungssicherheit brauchen und auch im Bereich Milch brauchen sie diese Planungssicherheit. Dies sind sehr teure Arbeitsplätze.

Ich möchte zwei Punkte ansprechen. Sie haben gesagt, dass Sie die Marktordnungen zusammenfassen wollen. Wir haben 21 Marktordnungen. Diese sollen zu einer zusammengefasst werden. Ich habe eine gewisse Skepsis, ob es tatsächlich der EU gelingt, einen Bürokratieabbau umzusetzen. Es hilft nichts, wenn wir eine Verordnung mit 21 Paragraphen haben. Dies ist letztlich von der Menge der Bürokratie genau dasselbe. Ich habe auch eine gewisse Skepsis, wenn weitere Produkte einbezogen werden sollen, wie z. B. Honig, ob dies wirklich zu einer Verbesserung und Vereinfachung führt. Dies ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist: Sie haben die energetische Nutzung von Biomasse herausgestellt. Wir sind da schon sehr weit fortgeschritten, aber wir müssen auch feststellen, dass es Konkurrenz gibt. Dies ist nicht negativ, aber wir sehen, dass wir bei der energetischen Nutzung eine höhere Förderung haben als bei der Nutzung als Futtermittel, wenn wir den Mais ansprechen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Betriebe aus dem Markt herausdrängen, indem wir im Bereich der energetischen Nutzung eine zu hohe Förderung ansetzen. Inwieweit gibt es auf diesem Sektor Überlegungen von der EU, dieses so zu strukturieren, dass wir einen fairen Wettbewerb am Beispiel Mais zwischen der Nutzung als Futtermittel und der energetischen Nutzung hinbekommen?

**Abg. Dr. Kirsten Tackmann:** Ich möchte mich dem Dank an Frau Kommissarin Fischer Boel anschließen und möchte auch betonen, dass ich eine Kommunikation untereinander und einen Disput zu den weiteren Agrarstrategien in der EU für wichtig halte. Wir stehen vor einem Strukturwandel, der sowohl strukturelle, ökologische und soziale Risiken birgt. Da möchte ich mich den Ausführungen von Kollegin Wolff anschließen. Wir haben im ländlichen Raum sehr große soziale Probleme. Wir dürfen aus meiner Sicht Agrarpolitik nicht nur als Fachpolitik verstehen, sondern wir müssen die sozialen Auswirkungen von politischen Entscheidungen mit bedenken. Ich frage mich, ob wir mit den Subventionen, wie wir sie im Moment verteilen, tatsächlich die Wirkung erzielen, die wir politisch wollen, und nach welchen Kriterien dann bewertet wird, z. B. bei den Ober- und Untergrenzen, weil dort sehr regionale Bedingungen eine Rolle spielen. In Ostdeutschland waren die Betriebe schon immer größer, weil sie vor Ort besondere Bedingungen haben. Ich möchte dafür werben, dass dieser Gesundheitscheck auch soziale und ökologische Auswirkungen der agrarpolitischen Weichenstellung mit bedenkt.

Die Frage der Flächenkonkurrenz von erneuerbaren Energien, also nachwachsenden Rohstoffen, Futtermitteln und Nahrungsmitteln ist ein Problem, was politisch dringend begleitet werden muss. Es kann viele Auswirkungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für die Landwirtschaftsbetriebe haben.

Wir haben eine Situation, in der Tierseuchen und Tiererkrankungen auch im EU-Maßstab durch die EU-Osterweiterung mit Bulgarien und Rumänien eine besondere Rolle spielen. Wir wissen, dass Rumänien mit der europäischen Schweinepest große Probleme hat. Ich glaube, dass die Bedrohung der wirtschaftlichen Substanz der landwirtschaftlichen Betriebe durch Tierseuchen und Tierkrankheiten eine große Rolle spielen wird. Hier müssten dringend gemeinsame Strategien zu wissenschaftlichen Konzepten, zur Verhütung und effizienten Bekämpfung von Tierseuchen entwickelt werden. Dies muss in der EU-Politik einen noch größeren Stellenwert einnehmen.

**Abg. Cornelia Behm:** Aus Ihren Worten, Frau Fischer Boel, ist wieder deutlich geworden, dass Ihr Herz nicht nur für die Landwirtschaft als solche schlägt, sondern auch für den ländlichen Raum. Insofern danke ich Ihnen sehr für Ihren Bericht.

Ich habe drei ganz konkrete Fragen. Ich habe von Ihnen nicht so deutlich gehört, welche Anstrengungen es seitens der EU gibt, möglichst bald zu einer Nachhaltigkeitszertifizierung für Biomasse zu kommen. Es ist ganz wichtig, dass man auf europäischer Ebene und nicht nur auf nationaler Ebene Pflöcke einschlägt.

Zu den Cross Compliance Regelungen: Sie sprachen davon, dass Sie im März etwas vorlegen können. Es gibt derzeit zwei grundsätzlich gegensätzliche Haltungen. Einmal wird gesagt, es wird zu viel geregelt und es ist zu kompliziert und auf der anderen Seite zu bürokratisch. Dem würde ich mich eher anschließen. Es ist ohne Zweifel zu bürokratisch, aber es ist auch zu unspezifisch. Deswegen meine Frage: In welche Richtung werden die Veränderungen gehen? Wird es möglich sein, eine Qualifizierung der Cross Compliance bei gleichzeitiger Vereinfachung hinzubekommen?

Der dritte Punkt ist der ELER-Fonds. Die unzureichende finanzielle Ausstattung hat zu dramatischen Einbußen für die Landwirte geführt, die in bestimmten Regionen besonders tierschutz- und umweltgerecht arbeiten. Sie haben sich heute zum wiederholten Male für eine Anhebung der obligatorischen Modulation ausgesprochen. Können Sie ein bisschen mehr zur Höhe sagen? Wird die Anhebung aus Ihrer Sicht so hoch sein, dass ein Ausgleich der Kürzung der 2. Säule möglich ist und wann könnte man denn mit einem Wirksamwerden rechnen?

**Die Vorsitzende:** Dann kommen wir erst einmal zur Beantwortung.

**Mariann Fischer Boel, EU-Kommissarin:** Als wir unsere Diskussion zum Gesundheitscheck begannen, da habe ich es absichtlich als Gesundheitscheck bezeichnet und nicht als Zwischenbericht. Diese Überprüfung, die 2003 stattgefunden hat, war eine der wichtigsten Reformen in der Landwirtschaft. Deshalb möchte ich hier nicht eine neue Reform umsetzen, sondern die Empfehlungen der Reform 2004 durchführen bzw. analysieren, wie gut die Reformen funktionieren, um letzten Endes ein entkoppeltes System zu erreichen. Dies ist für uns zum einen eine Möglichkeit, die Vereinfachungsschritte voranzutreiben. Wir haben auch die Möglichkeit, die Gemeinsame Agrarpolitik an die Ziele, die hinter der Reform 2003 und 2004 standen, anzupassen. Als ich die Möglichkeit erwähnte, hier die obligatorische Modulation anzuheben, habe ich das zum einen gesagt, weil ich eine Befürworterin der Entwicklung des ländlichen Raumes bin. Als die Staats- und Regierungschefs Ende 2005 bei der Festlegung des Haushaltes die entsprechenden Entscheidungen getroffen haben, war das Resultat eine Reduzierung des Fonds um 20 Milliarden Euro. Mit anderen Worten: Wir haben jetzt weniger Geld zur Verfügung als vorher und das resultiert in dieser Möglichkeit der obligatorischen Modulation. Die Staats- und Regierungschefs haben im letzten September die Möglichkeit eingeführt, eine freiwillige Modulation bis zu 20 % der Direktzahlung plus der Marktmaßnahmen durchzuführen. Um hier offen und ehrlich zu sein, ich persönlich bin keine Befürworterin der freiwilligen Modulation, aber ich bin für eine obligatorische Modulation für alle EU-Mitgliedsstaaten und hier meine ich einen Anstieg von 5 %. Wenn wir in der Lage sind, diese Modulation anzuheben, so wird das nur unter der Bedingung stattfinden, dass gleichzeitig die freiwillige Modulation sinkt. Dies ist für mich ein sehr natürlicher Zusammenhang und ich hoffe, dass das auch möglich ist. Ich möchte eine gemeinsame Agrarpolitik und daher denke ich, sollten wir alle daran teilnehmen, die Modulation anzuheben.

Was nun das Budget und die Mittel, die uns bis 2013 zur Verfügung stehen, angeht, so wissen wir, dass es die finanzielle Disziplin gab und dass wir bis 2013 Kürzungen der Direktzahlungen vornehmen müssen. Dies hat mit den Ausgaben von Rumänien und Bulgarien zu tun, die unter der gleichen Obergrenze finanziert sind, die 2002 festgelegt wurde. Ich kann Ihnen aber zusagen und versprechen, dass ich jedem Versuch widerspreche, das Budget vor 2013 noch weiter zu kürzen. Wir hatten 2002 die Vereinbarung auf ein festgelegtes Budget. Nach 2013 muss man diskutieren, wie viel Geld uns zur Verfügung steht und das ist der Grund, warum ich die finanzielle Perspektive in dem Zwischenbericht diskutieren möchte, so dass wir erst einmal politisch eine Entscheidung treffen

können und zwar zu einem frühen Zeitpunkt und nicht erst, wenn wir uns unter dem Druck der wirtschaftlichen Diskussionen sehen.

Was die gesellschaftlichen Auswirkungen betrifft, ist vollkommen klar, dass wir uns die Konsequenzen einer Ober- und Untergrenze anschauen werden. Aber ich glaube, allen ist doch klar, dass eine Untergrenze von 0,3 Hektar zu vielen administrativen Problemen in allen Mitgliedsstaaten geführt hätte. Ich weiß jetzt nicht, wie viele Neuansträge es in Deutschland gegeben hat, aber das Land, das ich am besten kenne, ist ein kleines Land im Bereich der Landwirtschaft. Da hatten wir 20.000 Zusatzanträge für Direktbeihilfen zwischen 2000 und 2006. Dies ist schwer zu handhaben. Wenn es gute Argumente gegen diese Grenzen gibt, auch gegen eine Obergrenze, dann lassen Sie uns darüber diskutieren.

Was die WTO betrifft, haben wir in Hongkong 2005 beim Ministertreffen beschlossen, dass, wenn andere ihren Beitrag leisten, wir unsere Exportbeihilfen 2013 auslaufen lassen werden. Aber es ist ganz klar, wenn es keine Vereinbarung gibt, dann werden wir von dieser Möglichkeit weiter Gebrauch machen und dann werden wir uns dieses Instruments bei den Verhandlungen über unsere Ausfuhren bedienen. Ich glaube, dass diese Ausfuhrbeihilfen so oder so auslaufen werden, vielleicht nicht im Jahr 2013. Dies ist eine veraltete Maßnahme und dies wird abgeschafft werden. Ich sage das, weil ich mir völlig sicher bin, wenn es keine WTO-Einigung gibt, dann werden wir von anderer Seite gezwungen werden, Ausfuhrerstattungen abzuschaffen. Solange dieses Instrument genutzt werden kann, werden wir das auch tun.

Zur Diskussion um die Herstellung erneuerbarer Energien und den Anbau von Futter: Da hat es Untersuchungen gegeben. Wenn es die Möglichkeit gibt, dass wir 10 % unserer Energieversorgung für den Transportsektor bis 2020 aus erneuerbaren Energien gewinnen, führt das nicht zu großen Problemen und zu keinem nennenswerten Wettbewerb zwischen den beiden Sektoren. Es ist auch vollkommen klar, dass wir importieren werden müssen, was z. B. Ethanol betrifft. Da weiß jeder, dass hier Brasilien sehr stark ist. Ich glaube, dies könnte sich auf die Preise auswirken. Sie könnten sich vielleicht auf einem höheren Niveau stabilisieren, als dem im letzten Jahr. Auch dieses Jahr sehen wir ja schon, dass die Preise höher sind als im letzten Jahr. Und ich glaube, die Landwirte finden das gar nicht so schlecht. Die Wirtschaft steht dieses Jahr offensichtlich besser da als letztes Jahr und deswegen denke ich, dass wir versuchen sollten, hier den richtigen Ausgleich zu finden.

Ich kann Ihnen versichern, dass uns sehr viel daran gelegen ist, sicherzustellen, dass importiertes Bioethanol oder Biodiesel aus guter und nachhaltiger Produktion kommt. Diese Diskussion hatten wir über Palmölimporte und dies ist eine Sache, die wir auf jeden Fall im Auge behalten werden. Wir werden sicherstellen, dass es nicht zu einer Umweltzerstörung in anderen Teilen der Welt kommt.

Zu Cross Compliance: Zunächst ist es einmal so, dass alle Maßnahmen im Rahmen der Cross Compliance Maßnahmen waren, die vorher schon bekannt waren. Aber jetzt ist die Situation natürlich eine andere. Wenn man diese Verpflichtungen nicht erfüllt, dann werden die Direktbeihilfen um ein, drei oder fünf Prozent gekürzt. Wenn man sich dann weiterhin nicht an die Regeln hält, dann werden

die Kürzungen noch verstärkt. Ich habe schon gesagt, diese Cross Compliance Idee ist im Grunde eine gute Idee, denn so kann man die Direktbeihilfen rechtfertigen. Die Landwirte bekommen ihr Geld nicht einfach so. Dies ist eine wichtige Grundidee. Deswegen bin ich auf jeden Fall dafür, Cross Compliance beizubehalten, aber ich erkenne auch an, dass es hier Vereinfachungsmöglichkeiten gibt, ohne dass wir die Grundidee aufgeben. Da werden wir Vorschläge und Empfehlungen machen und wir werden dem Rat im März entsprechend Bericht erstatten. Dann wird der Prozess hoffentlich weitergehen, so dass der Rat noch vor dem Sommer und noch während der deutschen Präsidentschaft eine Entscheidung treffen kann. Wir haben da so ein paar Ideen, was getan werden könnte, um die Cross Compliance einfacher zu gestalten. Aber ich glaube, da sollte ich lieber abwarten und nicht zu offen über die verschiedenen Ideen reden, bevor wir nicht wissen, was da wirklich auf den Tisch kommt. Man wird sich auf jeden Fall bemühen, das System einfacher zu gestalten, damit es für die Landwirte auch einfacher zu handhaben ist.

Zur Frage nach den Erzeugnissen, die aus Rumänien und Bulgarien importiert werden: Es ist ganz klar, dass für die importierten Agrarerzeugnisse natürlich die Regeln gelten müssen, die in der EU gelten. Dies haben wir auch bei den Verhandlungen mit Russland diskutiert. Schweinefieber wird nicht für Rumänien ausgeschlossen und deswegen gibt es hier auch ein Importverbot für Schweinefleisch aus diesem Land. Wir versuchen natürlich den neuen Mitgliedsstaaten zu helfen, so gut wir können, um die Krankheiten und Seuchen zu bekämpfen, damit diese Länder auch in die EU exportieren können.

Ich hoffe, dass ich jetzt keine Frage vergessen habe. Falls es doch der Fall sein sollte, sagen Sie mir das bitte.

**Die Vorsitzende:** Sie haben alle Fragen angesprochen und ich würde gern alle Kollegen, die sich noch gemeldet haben, zu Wort kommen lassen.

**Abg. Norbert Schindler:** Vielen Dank, Frau Fischer Boel, dass wir wieder die Gelegenheit hatten, mit Ihnen einige Fragen anzudiskutieren.

Zur obligatorischen Modulation: In Deutschland gibt es ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn wir den Bauern die Mittel aus der 1. Säule in die 2. Säule noch einmal umverteilen oder wegnehmen. Ich sage dies in aller Deutlichkeit; auch unsere Kanzlerin steht dabei im Wort. Ich will dies nur Ihren Überlegungen mitgeben, wenn es obligatorisch werden soll, gibt es mit Sicherheit Widerstand aus Deutschland.

Zur Nachhaltigkeitsregel für Bioenergie: Ich bedanke mich für die Grundsatzaussagen auch bei der Erhöhung des Anteils für die Verkehrsenergie, die wir brauchen. Wir haben im Parlament festgelegt, dass uns die Bundesregierung bis Juni eine Nachhaltigkeitsregel in Abstimmung mit der Europäischen Kommission vorlegen muss. Wir haben einen offenen Markt und die Nachhaltigkeitsregel – egal wie man sie definiert – muss natürlich auch von der Sorge getragen sein, dass Urwälder abgeholzt



werden. Was wir bei Cross Compliance der europäischen Landwirtschaft auferlegt haben, muss auch an unseren Häfen Bestimmung sein; dies wäre unsere dringende Bitte.

Zum Impfen statt Töten: Wenn wir über Tiergesundheit nachdenken - was in Rumänien im Moment aktuell ist - wie will man sich seitens der Kommission in Zukunft bei diesem ganzen Thema aufstellen? Ich will dies jetzt nicht intensiv vertiefen.

Zum Zuckermarkt: Sie wollen etwas tun. Die Frist ist im Januar in der ersten Anmeldung vorbei. Ich bitte dringend um temporäre Kürzung in diesem Jahr und zwar als Signal im Februar und unbedingt vor der Aussaat. Ich bin auch persönlich bereit, das so gegenüber den Bauern zu vertreten, lieber 15 oder 18 % kürzen als nur 8 %, damit wir den Markt temporär da etwas mit bereinigen können. Man sollte auch die großen Zuckerkonzerne mit ins Boot nehmen, wenn es um Mengenrückführung geht, um kurzfristig den Markt mit zu entlasten. Aber die, die überlegen, werden es nicht bei der Quotenzuteilung oder Neuberechnung ab 2009 angerechnet bekommen.

Danke auch für den Begriff Gesundheitscheck. Damit sind wir aus Midterm Review heraus. Mit diesem eleganten Begriff haben Sie einen klugen Schachzug getan. Die Verbesserungen oder Korrekturen, die notwendig sind, haben Sie angeschnitten. Dafür vielen Dank und viel Erfolg, dass wir alles dann auch so durchsetzen. Die Bauern sind Ihnen dankbar, wenn wir von den 700 europäischen Vorschriften, die wir im Agrarbereich in Deutschland allein zu vertreten haben, dann vielleicht nur noch 450 hätten. Dann werden Sie, Frau Kommissarin, auf der nächsten Grünen Woche auf allen Händen getragen.

**Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier:** Ich habe mit großem Interesse Ihre Äußerungen zu dem Bereich der Direktzahlungen und dem Milchmarkt zur Kenntnis genommen. Sie haben sich diplomatisch nicht zu der Größenordnung der obligatorischen Modulation geäußert. Im Hintergrund werden Zahlen in der Größenordnung von 15 % diskutiert. Halten Sie das für realistisch?

Zur Frage der Verteilung der modulierten Mittel: Deutschland wird im erheblichen Umfang zu dieser Modulationsmasse beitragen. Wie ist die Einschätzung? Welche Größenordnung fließt unter welchen Kriterien dann unter Umständen in die zweite Säule in Deutschland zurück?

Zur Perspektive der Direktzahlungen: Legitimieren sich Direktzahlungen in der Konsequenz für die nächsten mittelfristigen Zeiträume überhaupt noch, wenn wir dauerhaft mit steigenden Preisniveaus für Agrarrohstoffe zu rechnen haben?

Zu den Milchquoten: Die EU wendet im Augenblick Marktordnungsmittel in der Größenordnung von etwa 850 Mio. Euro auf. Wie können Sie sich mittels dieser jetzt noch aufgewandten Mittel die Umstrukturierung in den Bereichen der Regionen vorstellen, die von dem Strukturwandel betroffen sind und mit welchen Maßnahmen? Dies wird in den Regionen zu Arbeitsplatzverlusten führen und zum Abfluss von direkt verfügbaren Mitteln. Wir müssen dort konsistente Strategien ansetzen, um Grünlandregionen in Grenzertragsflächen oder auch bestimmte landschaftstypische Elemente zu

erhalten. Können Sie sich bei der Vergabe dieser Mittel vorstellen, andere als bisher so standardmäßig im Rahmen der EU-Politik verfolgte Mechanismen einzusetzen, so dass mehr Markt und Angebot zum Zuge kommen? Wie beurteilen Sie die Perspektive in der Liberalisierung dieses Marktes, wenn wir aufgrund der Biomasse- und Bioenergiestrategie in erheblichen Bereichen in bestimmten Regionen Marktverwerfungen über die Flächenpreise bekommen, die jetzt schon ein Vielfaches über dem liegen, was wir bisher gewöhnt sind.

**Abg. Dr. Peter Jahr:** Frau Kommissarin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich bin äußerst dankbar, dass Sie den Mut zum Bürokratieabbau noch nicht verloren haben. Ich bitte Sie darum, dass wir auch darauf achten, dass dieser Bürokratieabbau auch bei den Landwirten ankommt. Die sollen es auch spüren, dass sich da etwas bewegt.

Ich bin sehr dankbar für die Feststellung, dass Sie gesagt haben, Gesundheitscheck heißt keine grundlegende Agrarreform. Wir ändern an der bestehenden Reform im Grundsatz nichts. Die Aussage ist wichtig für unsere Landwirte. Trotzdem sagen Sie, werden wir schon sagen, wie es 2013 bis 2020 im Grundsatz weitergehen soll. Auch das ist wichtig für unsere Landwirte. Nun habe ich als Vertreter der neuen Bundesländer eine Frage zu den Kappungsgrenzen. Wir haben häufig politisch darüber diskutiert und finden nach wie vor keine vernünftige betriebswirtschaftliche oder politische Begründung. Wie soll ich z. B. begründen, dass ein 200 Hektar-Betrieb, den der Betriebsinhaber alleine bewirtschaften kann, normalerweise nicht in die Kappung kommt und ein 2.000 Hektar-Betrieb mit 30 Beschäftigten allerdings diese Kappung ertragen müsste. Habe ich Sie jetzt so verstanden, dass Sie sagen, ich will die Frage in aller Ruhe und Gelassenheit im Rahmen des Gesundheitschecks diskutieren und möchte, dass sie erst in der nächsten Förderperiode in Kraft tritt oder gibt es da schon konkrete Vorstellungen? Wenn ja, wann soll sie in Kraft treten und wie soll sich das entwickeln? Wir haben große Probleme in den neuen Bundesländern, dies dann vernünftig zu begründen, zumal, wenn mich nicht alles täuscht, ich auch in Erinnerung habe, dass durch die Kappung relativ wenig Geld eingespart wird. Dann stellt sich natürlich die Frage der Sinnhaftigkeit.

**Abg. Imre Soäär, Parlament Estland, Vertreter der baltischen Delegation:** Frau Kommissarin, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich komme aus dem estnischen Parlament. Zusammen mit Tiit Tammsaar, dem ehemaligen Landwirtschaftsminister, vertreten wir den estnischen Ausschuss für ländliche Angelegenheiten. Wir sind seit einigen Jahren schon gute Partner. Unsere Familie wird immer größer. Mittlerweile sind wir bei 27 angekommen. Vor diesem Hintergrund möchte ich ein paar Themen ansprechen, die hier bereits erwähnt wurden.

Es ist auch für Estland ein sehr arbeitsreiches Jahr gewesen. Wir haben 10 % Wirtschaftswachstum gehabt. Dies kann als beispielhaft für viele andere Länder gelten. Es hat eine stetige Entwicklung nicht nur im industriellen Sektor gegeben, sondern auch in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes. Ich bin froh, dass die Kommissarin dies auch selbst gesehen hat, denn bei der Sammlung der Flugtickets ist sicher auch ein Ticket nach Estland mit dabei gewesen. Estland freut sich sehr über den Kurs, den Sie im Bereich der Biokraftstoffe und erneuerbare Energien eingeschlagen haben. Wir haben auch bei uns Maßnahmen in unserer Entwicklungsstrategie für den

ländlichen Raum mit übernommen. Die ländliche Entwicklung ist in Estland ein sehr komplexes Unterfangen. Die breite Öffentlichkeit befasst sich damit. Auch in den Medien gibt es eine Auseinandersetzung zu diesem Thema mit dem öffentlichen Sektor, den Sozialpartnern, den NGOs und den Erzeugern und Verarbeitern. Wir sind sehr stolz darauf, dass es uns im Rahmen der politischen Verhandlungen gelungen ist, die dritte Achse der ländlichen Entwicklung von 13 auf 21 % anzuheben. Dies kann sicherlich als Beispiel auch für andere Mitgliedsstaaten gelten. Estland freut sich sehr auf den weiteren Kurs dieser erneuerbaren Energieprogramme. Wir sollten auf jeden Fall voranschreiten und wir freuen uns sehr, wenn es auch passiert.

Ganz kurz zu den Herausforderungen für Estland: Unsere Milchquoten werden im März erfüllt werden. Wir würden uns hier über weitere Diskussionen freuen. Bei der Umsetzung der einheitlichen Betriebsprämie sind wir sehr erfolgreich gewesen. Es hat mit der Kommission Diskussionen gegeben, was die Küste und die Inseln betrifft. Wir hoffen, dass wir da weitere Fortschritte machen werden, denn es gibt eine große Biodiversität auf den Inseln und in gewissen Landstrichen.

Wir erwarten natürlich auch sehr viel von der deutschen Ratspräsidentschaft. Da freuen wir uns auf die weiteren Entwicklungen. Wir haben natürlich auch historische Verbindungen mit Deutschland und deswegen sind wir ganz besonders gespannt.

**Mariann Fischer Boel, EU-Kommissarin:** Ich habe vorhin eine Frage zur gemeinsamen Marktordnung vergessen und ob es klappt mit einer gemeinsamen Marktordnung. Als wir in Brüssel die Konferenz zur Vereinfachung hatten, hatten wir 21 unterschiedliche Ideen und die werden jetzt zusammengeführt. Es geht um eine technische Vereinfachung und nicht um eine politische. Die politische könnte Teil der Reformen im Zusammenhang mit dem Gesundheitscheck sein. Aber die technische Reform ist eine Vorbedingung für weitere politische Vereinfachungen. Ich denke, dass wir nur so überhaupt beginnen können. Wir sind hier auf jeden Fall sehr engagiert.

Zum Zuckermarkt: Da ist völlig klar, dass unsere Erwartungen für die ersten zwei Jahre nicht erfüllt worden sind. Wir müssen jetzt noch irgendwie 3,5 bis 4 Mio. Tonnen vor dem 31. Januar erzielen. Dies sieht natürlich nicht sehr gut aus. Ich weiß, dass Österreich und Deutschland um eine präventive Kürzung gebeten haben, eine Kürzung vor der Aussaat. Aber Artikel 44 gibt uns nicht dieselbe Rechtsgrundlage, die wir letztes Jahr hatten. Trotzdem versuchen wir, irgendwie eine Lösung herbeizuführen, um diese Kürzung vor der Aussaat auch umsetzen zu können. Aber wir wissen nicht, auf welcher Rechtsgrundlage das passieren soll. Ich kann Sie alle nur ermutigen – und das kann ich gar nicht oft genug sagen – wenn Sie sehen, dass Sie mit 404 Euro pro Tonne nicht klarkommen, sollten Sie diesen Umstrukturierungsfonds nutzen, wenn die Zahlungen noch hoch sind. Satteln Sie um auf Bioenergie oder die Ethanolproduktion, dies ist eine Alternative und lassen Sie sich nicht vom Markt drängen, wenn es Null Erstattung gibt. Die Alternative ist ja, dass ich gezwungen bin, wenn diese Umstrukturierungsperiode abgelaufen ist, eine Gesamtkürzung umzusetzen. Das wäre die Salamitaktik und da würden auch die Zuckerhersteller in Europa negativ getroffen, die sehr wohl wettbewerbsfähig sind. Das ist sicherlich kein sehr konstruktives Vorgehen. Aber ich kann nur wiederholen, dass ich nicht zögern werde, das doch zu tun, wenn die nichtwettbewerbsfähigen

Landwirte nicht in der Lage sind, sich vorher zurückzuziehen. Es tut mir leid, dass ich das jetzt so hart sagen muss, aber jeder weiß, was zu tun ist. Es gibt in manchen Mitgliedsstaaten nationale Diskussionen, wo ich sehe, dass diese Mitgliedsstaaten auch einsehen, dass sie umstrukturieren müssen.

Was den Milchmarkt betrifft, da ist es mir völlig klar, dass keiner erwarten kann, dass die Milchquoten nach 2015 weitergehen. Dann hoffe ich, dass sich der Quotenpreis in diesem Zeitraum auch senken wird. Ende 2007 werden wir über den Milchmarkt einen Bericht bekommen. Da werden wir sehen, welche Schritte zwischenzeitlich gemacht werden können. Man könnte sich vielleicht vorstellen, die Quoten ein wenig anzuheben, die direkte Auswirkungen auf den Quotenpreis haben werden. Es muss eine Umstrukturierung auf dem Milchsektor geben. Dies wird sich natürlich auf die Wirtschaft im ländlichen Raum auswirken. Deswegen kann ich nur sagen, nutzen Sie die Gelegenheit und die Chancen der ländlichen Entwicklungspolitik. Die Landwirte sollten nicht gegen die Modulation und die Entwicklungspolitik kämpfen. Sie sollten die Chancen nutzen. Es gibt viele Chancen und wenn ich mir die Umverteilung in Deutschland zwischen den drei Achsen anschau, ist da ziemlich viel Geld auf der Wettbewerbsachse, der 1. Achse, verfügbar. Damit könnte man den Unternehmen helfen, wettbewerbsfähiger zu sein. Auch in der 3. Achse kann man bei der Diversifizierung der Produktion im ländlichen Raum helfen. Da gibt es also viele Möglichkeiten und ich kann die Landwirte nur ermutigen, hier offener zu sein und sich diese Möglichkeiten anzuschauen.

Was die Reduzierung der Bürokratie für Farmer betrifft, ist eine erste Möglichkeit die Reform der Frucht- und Gemüsemarktordnung, wo sich dann dieser Sektor direkt für Direktbeihilfen qualifiziert. Wir brauchen also keine gesonderte Kennzeichnung mehr für diesen Bereich. Dies ist eine sehr große Vereinfachung, die stattfindet. Wir müssen dann sehen, wie das von den Mitgliedsstaaten aufgenommen wird. Ich denke doch positiv. Wir versuchen unsere Kürzung von 25 % bei der Bürokratie umzusetzen. Ich weiß, dies ist sehr ehrgeizig. Aber ich denke, es gibt Möglichkeiten im Agrarbereich. Es ist nicht leicht, Felder für die Vereinfachung zu identifizieren.

**Die Vorsitzende:** Ich hoffe, dass der Anriss der vielen Themen noch weitere Diskussionen zur Folge haben wird. Ich wünsche Ihnen eine schöne Grüne Woche und viele interessante Gespräche. Wir freuen uns auch auf das nächste Jahr, wo Sie sicherlich wieder mit uns diskutieren werden.

**Schluss der Sitzung: 12.54 Uhr**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrike Höfken'.

Ulrike Höfken, MdB  
Vorsitzende